

DER AUSBLICK DES LANDRATES



Franz Einhaus (SPD)

Auch 2014 wird geprägt sein von vielen strategischen Zielsetzungen. Aufgrund der Erkenntnisse aus der Schulentwicklungsplanung und angesichts der demografischen Entwicklung wird es notwendig sein, zur Weiterentwicklung der Schullandschaft erste Entscheidungen herbeizuführen. Letzten Oktober habe ich vom Kreistag den Auftrag erhalten, Verhandlungen über einen Zusammenschluss mit Nachbarkommunen zu führen. Ziel soll es sein, langfristig eine wettbewerbsfähige Infrastruktur zwischen den Oberzentren Hannover und Braunschweig zu gewährleisten. Die Einwohner sollen in diesen Entscheidungsprozess selbstverständlich mit einbezogen werden.

DER AUSBLICK DER PARTEIEN IM GEMEINDERAT

Im nächsten Jahr stehen die Fusionsgespräche im Mittelpunkt, dabei geht es um Entscheidungskriterien, die Eingrenzung auf Verhandlungspartner und Bürgerforen, um die Vorgehensweise transparent zu gestalten. Schrittweise ist die Schulentwicklung umzusetzen und in Gesprächen mit Schulen auszuloten, was in den Landgemeinden zur Sicherung der Schulstandorte dient. Die Frage der Oberstufe für die IGS Lengede ist Anfang des Jahres zu entscheiden, um die Vorbereitungen dafür zu treffen. Im Laufe des Jahres wird die Kultur-Service-Stelle besetzt, und zwei ehrenamtliche Projekt-Koordinatoren werden zur Unterstützung berufen.



Günter Hesse (SPD)



Abgesehen von der weiter dringend notwendigen Erfordernis, sich ernsthaft für die Sanierung der Kreisfinanzen einzusetzen, werden besonders drei Themen die Arbeit der CDU-Kreistagsfraktion begleiten: Trotz aller Fusionsversuche bleiben die Bürger der Mittelpunkt des Geschehens – Verfassungsrecht vor Parteikonzepten bei der Landratswahl – für eine schülergerechte, Qualität und Standort orientierte Schulversorgung – die jüngsten Erfahrungen haben verstärkt deutlich gemacht, dass die rot-grüne Mehrheit immer mehr versucht, den Kreistag vor vollendete Tatsachen zu setzen – schade, auch andere Abgeordnete haben gute Ideen.

Hans-Werner Fechner (CDU)

Zur Sicherung eines lebens- und liebenswerten Landkreises werden wir die Umsetzung des Schul- und Kulturentwicklungsplanes und des noch zu beschließenden Klimaschutzkonzeptes zügig vorantreiben. Der Prozess um die Entwicklungsperspektiven des Landkreises wird gewissenhaft begleitet, sodass am Ende des Jahres feststeht, ob und mit wem wir fusionieren. Zur Sicherung eines sozialen Arbeitsmarktes muss die kreiseigene BBG durch neue Tätigkeitsfelder gestärkt werden. Handlungsbedarf sehen wir im Ausbau des Radwegenetzes zu den Schulstandorten und der Erweiterung des Naturschutzgebietes Peiner Fuhsetal.



Jürgen Streichert (Grüne)



Handlungsbedarf besteht für den Landkreis an vielen Stellen. Da sind die reparaturbedürftigen Straßen ebenso zu beachten wie die Instandhaltung der kreiseigenen Liegenschaften. Die vermehrte Unterbringung von Asylbewerbern muss gemeistert werden, und über allem schwebt der Versuch, einen Fusionspartner zu finden, mit dem ein Zusammengehen auf Augenhöhe möglich ist. Alle Optionen sind hierbei ernsthaft zu prüfen. Dazu werden wir die Beteiligung der Bürger einfordern. Und schließlich ist es eine Herausforderung, die nach wie vor angespannte Finanzlage des Landkreises zu verbessern.

Holger Flöge (FDP)

Positiv: Investitionen in die Schulen, die Umsetzung des Schulentwicklungsplans, die Verbesserung der Schulsozialarbeit, die Veränderung der BBG. Negativ: Es fehlen Verbesserungen im Bus-, Schienen- und Regionalverkehr und die kostensparende Zusammenarbeit mit den Kreisgemeinden. Angesichts der Fusionsgespräche mit anderen Landkreisen ist der teure Neubau des Kreishausanbaues überflüssig. Die bisher genannten Kosten (3,6 Millionen) werden nicht mehr ausreichen. Das Geld könnte für dringende Sanierungen der Straßen eingesetzt werden. Das gilt auch für die Kosten des neuen, aber überflüssigen Kulturservice-Büros.

Karl-Heinrich Belte (PB)



Die finanzielle Situation des Landkreises ist nach wie vor stark angespannt. Angesichts der aktuellen Haushaltspolitik ist hier keine Verbesserung zu erkennen. Hier ist eine maßvolle Haushaltsplanung notwendig, die ihren Augenmerk auch über das Ende der aktuellen Wahlperiode hinaus richtet und dabei auch die Auswirkungen einer möglichen Fusion des Landkreises berücksichtigt. Nur so gewinnt der Kreis Peine den notwendigen finanziellen Spielraum zurück, der notwendig ist für den Erhalt der bestehenden Infrastruktur sowie deren bedarfsgerechten Ausbau, etwa im Bereich der Schullandschaft.

Max Rother (Piraten)

Fusionieren zwei Schuldner zu einem Gläubiger, wie soll es gehen? Die Kosten senken durch Großkreise? Das rechnet sich nur auf dem Papier. Bei der Realisierung stellt sich heraus, dass Nebenwirkungen nicht berücksichtigt wurden und es teurer wird als vorher. Allein die Kosten der Verschmelzung zweier Verwaltungen dürften alle Einsparungen auffressen. Der Kreis und die Gemeinden haben aus ihren Einnahmequellen nicht genug Geld, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Das bleibt auch so, wenn das Land und der Bund ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und Kommunen mit den nötigen Finanzmitteln ausstatten.

Wolfgang Lächelt (Die Linke.)



Die demografische Entwicklung, die Verschuldung und die geringen Entwicklungsmöglichkeiten des Landkreises erfordern ein zügiges Handeln beim Ausloten von Fusions-Optionen. Durch die Zusammenlegung von Verwaltungen entstehen Synergieeffekte. Dem Vorschlag der Bürgermeister folgend ist die Übertragung von Aufgaben auf die Gemeinden anzustreben. Die Dezentralisierung schafft Bürgernähe. Auf den überflüssigen Kreishaus-Anbau ist zu verzichten. Die Kreisumlage muss sinken. Die FBI setzen sich für den Erhalt, der von einem starken Elternwillen getragenen Vielfalt des Ilseder Schulzentrums, ein.

Ilse Schulz (FBI)